

Streit um Bank-Austria-Deal eskaliert

Abfindung. Zehn Jahre nach dem Kauf durch die UniCredit reißt streitbaren Aktionären, die eine höhere Abfindung wollen, die Geduld: Sie planen eine Amtshaftungsklage gegen die Republik.

VON HEDI SCHNEID

Wien. Die Bank Austria ist als selbstständiges Geldinstitut schon lang Geschichte – und ihre Aktien ebenso. Am 21. Mai 2008 wurde das BA-Papier zum letzten Mal an der Wiener Börse gehandelt, der Schlusskurs lag bei 142,60 Euro. Den Kauf der BA kann die UniCredit freilich keineswegs zu den Akten legen – im Gegenteil: Seit zehn Jahren kämpfen Aktionäre, die noch rund sieben Millionen BA-Aktien halten, um die Höhe der Abfindung, die ihnen die italienische Großbank im Zuge des Gesellschafterausschlusses (Squeeze-out) damals geboten hat. Bisher blieben sie ohne Erfolg.

Jetzt steuert der Streit, in dem es bisher nicht an harten Bandagen gemangelt hat, einem Höhepunkt zu. Einige Aktionäre planen eine Amtshaftungsklage gegen die Republik Österreich, wie Rechtsanwalt Wolfgang Leitner der „Presse“ bestätigt. Kern ihrer Kritik: Zehn Jahre lang sei das Gremium, das zur Überprüfung der Angemessenheit der von der UniCredit angebotenen Barabfindung von 129,40 Euro je Aktie eingesetzt worden ist, untätig geblieben.

„Das ist angesichts eines so einfachen Sachverhalts nicht gerade ein Renommee für einen Rechtsstaat“, betont Leitner. Zumal das Gremium die gesetzliche Pflicht habe, so rasch wie möglich selbst ein Gutachten einzuholen, um das Abfindungsangebot zu bewerten und danach einen Vergleich zu erwirken. „Beides ist bis heute nicht passiert.“

Nicht nur Leitner platzt der Kragen. Der Berliner Anwalt Martin Weimann, der unter anderem die deutsche Verbraucherzentrale für Kapitalanleger vertritt, kritisiert in seiner der „Presse“ vorliegenden jüngsten Eingabe ungewöhnlich harsch das bisherige Prozedere: „Die zusammengetragenen Fakten und Beweise auch zum Verhalten der österreichischen Justiz einschließlich zweier Höchstgerichte erinnern, mit Verlaub, eher an nordkoreanische Zustände als an einen Rechtsstaat innerhalb der Europäischen Union.“



Die in der Bank Pekao aufgegangene BHP-Bank ist ein Knackpunkt in der Bewertung der Bank Austria.

[Reuters]

Weimann spricht unter anderem die Anzeige des Hedgefonds Polygon gegen einen damaligen BA-Manager und Unbekannte wegen Prozessbetrugs, Betrugs und Untreue an. Das Verfahren wurde von der Korruptionsstaatsanwaltschaft im September 2017 eingestellt – nach heftiger Intervention der BA vertretenden Sozietät Freshfields Bruckhaus Deringer bei Justizminister Wolfgang Brandstetter und der Korruptionsstaatsanwaltschaft, wie aus den ebenfalls der „Presse“ vorliegenden Schreiben hervorgeht.

Von Anfang an fühlten sich die streitbaren Aktionäre über den Tisch gezogen. Zumal der vom Ge-

AUF EINEN BLICK

Rund 30 Squeeze-out-Verfahren hat es bisher in Österreich gegeben. Bei den meisten gab es mehr Geld für Aktionäre. Der jüngste Fall ist die einstige A-Tech-Tochter ATB. Dort erhöht sich das Baroffert von 7,60 auf 9,12 Euro je Aktie: Ein Plus von 30 Prozent. Weitere anhängige Verfahren betreffen u. a. Miba, Constantia Packaging, Conwert, Schlumberger, Ecobusiness und Beko.

richt bestellte verstorbene BDO-Austria-Chef Karl Bruckner in seiner Expertise den Wert der Bank Austria bei 118 bis 124 Euro bzw. 136 bis 143 Euro je Aktie angesetzt hat. Sein Kollege Marcus Bartl kam in mehreren Ergänzungsgutachten auf bis zu 282,58 Euro – mehr als das Doppelte des Barofferts.

Wie viel war BHP wert?

Einer der Knackpunkte der Bewertung der BA ist die Polen-Tochter BHP. Sie wurde von der BA 2006 um 4,3 Mrd. Euro an die UniCredit verkauft und später mit deren Tochter Bank Pekao fusioniert. Der Nettoerlös von 3,6 Mrd. Euro und die höhere Kapitalausstattung seien nicht korrekt bzw. gar nicht berücksichtigt worden. Analysten hatten damals gemeint, die BHP sei zu billig verkauft worden.

Diesen „unbestreitbaren Bewertungsfehler“ hat Polygon in der Betrugsanzeige geltend gemacht. Der britische Hedgefonds spielt eine maßgebliche Rolle in dem Streit. Zwar hat er ein Schiedsverfahren verloren – und auch die nächstinstanzlichen Prozesse bis zum Verfassungsgerichts-

hof. Aber Polygon kämpft weiter, obwohl die Briten schon eine Ausgleichszahlung erwirkt haben sollen. Inoffiziell ist von etwas mehr als zehn Euro je Aktie die Rede.

Zumindest so viel erwarten sich Leitner, der dreimal bis zum Obersten Gerichtshof gegangen – und abgeblitzt – ist, um Druck auf das Gremium auszuüben, und auch Wilhelm Rasinger, Präsident des Interessenverbands für Anleger (IVA). Rasinger kritisiert auch die überlange Dauer des Verfahrens, er sieht die Sache freilich differenziert. Auch die UniCredit habe das Verfahren verzögert, indem sie den Verhandlungsort nach Italien verlegen wollte. Diverse Störfeuer von Aktionären selbst seien kontraproduktiv gewesen.

Und was sagt die UniCredit? „Wir sind fest überzeugt, dass UniCredit die geltenden Gesetze vollständig erfüllt und die ehemaligen Minderheitsaktionäre vollständig entschädigt hat. Die UniCredit wird diese Position im laufenden Verfahren mit Nachdruck verteidigen.“ Die Hoffnung stirbt zuletzt: Die nächste Verhandlung ist für den 22. Jänner 2018 angesetzt.